

Kiel, 17. September 2008

Pressemitteilung

Energiepolitik: CDU und FDP wollen sachgerechte Behandlung des Themas – Appell an die Vernunft in der SPD

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Ratsherr Robert Cordes, und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Ratsherr Stefan Kruber, sowie der Fraktionsvorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Ratsherr Helmut Landsiedel, erklären zum Thema „Energiepolitik“:

„Wir haben zur Oktobersitzung der Ratsversammlung eine Große Anfrage eingebracht, die insbesondere die Frage nach den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen zukünftiger Energieversorgungsvarianten aufwirft. Anders als Grün-Rot behaupten wir nicht, entgegen aller Zahlen, Daten und Fakten klüger zu sein als die Gutachter. Wir wollen Fakten, keine Ideologie.

Denn: die aktuell als einzige zuverlässige Datenquelle vorliegenden Gutachten machen deutlich, dass das Konzept von Grün-Rot das wirtschaftliche Überleben der Stadtwerke gefährdet und damit die Arbeitsplätze bei Stadtwerken und GKK. Auch sozial verträgliche Energiekosten können so nicht erreicht werden: Grün-Rot wird mit seinem Konzept möglicherweise bis zu 40 % höhere Heizkosten für die Bürgerinnen und Bürger Kiels verschulden. Leidtragende wären insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Darüber hinaus werden Arbeitsplätze bei Stadtwerken, GKK und energieintensiven Betrieben aufs Spiel gesetzt.

Wer ohne fundierte Datengrundlage entgegen aller Vernunft „durchstarten“ möchte, wie die Ratsherren Oschmann (Grüne) und Hahn (SPD) mit ihrem Antrag, handelt verantwortungslos.

Es wird Zeit für die Sozialdemokraten in Fraktion und Partei, Vernunft walten zu lassen und diesem gefährlichen Spiel mit der Zukunftsfähigkeit Kiels ein Ende zu machen. Jeder und jede Einzelne ist gefordert. Hören Sie auf die Stimmen der Vernunft, von IHK über Betriebsräte bis hin zu Gewerkschaften und ihrem eigenen Parteiprogramm, in dem ein Dialog mit allen Beteiligten versprochen wird.

Die Fraktionen von CDU und FDP wollen durch die Große Anfrage eine umfassende und verlässliche Datenbasis schaffen, um zu einer rationalen und nicht von Ideologie geprägten Entscheidung zu kommen.“

Anlage: Große Anfrage